

In dieser Ausgabe

Rentenkasse muss in Ordnung gebracht werden, S. 2

Nationaler Aktionsplan Integration, S. 4

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

100 Tage Regierung Merkel sind eine Erfolgsbilanz

Das Kabinett unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit sachlich und konzentriert gearbeitet, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland setzen großes Vertrauen in die Große Koalition und insbesondere in Bundeskanzlerin Merkel. Diese optimistische Stimmung überträgt sich auch auf die wirtschaftlichen Perspektiven. So deutet sich seit dem Jahreswechsel ein Stimmungsumschwung an: die Zuversicht bei Unternehmen und Verbrauchern steigt, die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung werden besser. Auch Zukunftsinvestitionen haben wieder die notwendige Perspektive, wie der DAX zeigt, der erstmals seit fünf Jahren wieder die Marke von 6000 Punkten erreicht.

Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Innovationen

In den ersten drei Monaten hat die Regierung Merkel bereits eine ganze Reihe von innenpolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht, die dem Anspruch der Großen Koalition gerecht werden, die Probleme des Landes durch mehr Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Innovation zu lösen.

- Bereits im Dezember wurden Sofortmaßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen verabschiedet. Mit einem Einsparvolumen von insgesamt rund 25 Mrd. Euro bis 2010 trägt das Paket maßgeblich dazu bei, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen.

- Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung werden haushaltsnahe Dienstleistungen gefördert, mittelständische Unternehmen entlastet und Familien bei der Kinderbetreuung unterstützt.
- Durch die Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wurde die Regelleistung für Arbeitssuchende in den neuen Bundesländern auf 345 Euro erhöht und damit an die Höhe der Leistung in den alten Bundesländern angeglichen.
- Mit den im Februar beschlossenen Änderungen bei Hartz IV wurden kostenträchtige Mitnahmeeffekte und Missbrauch beim Arbeitslosengeld II eingeschränkt.
- Das Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung senkt die Arzneimittelausgaben und führt zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Arzneimittelversorgung. Dabei bleibt gewährleistet, dass Patienten auch zukünftig alles, was medizinisch notwendig ist, verordnet werden kann.

Auf dem Erreichten wollen wir uns nicht ausruhen, sondern aufbauen und daran anknüpfen. Weitere Reformschritte sind notwendig, um Deutschland wieder in die europäische Spitzengruppe zu bringen.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Reform des Arbeitsmarktes

Für die Union bleibt die Reform des Arbeitsmarktes unverzichtbar. Nur wenn wir den Arbeitsmarkt so flexibilisieren, dass er den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht, kann die Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt werden. Wir wollen in diesem Jahr zu einem Ergebnis für den Niedriglohnsektor kommen und die Einführung eines Kombilohn-Modells prüfen. Eine Arbeitsgruppe wird dazu Vorschläge erarbeiten. Auf der Agenda stehen außerdem die „Initiative 50 plus“ zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Ältere sowie die Themen Existenzgründerförderung für Arbeitslose („Ich-AG“) und Kündigungsschutz. Beim Kündigungsschutz gelten der Koalitionsvertrag und die dort vereinbarte Einführung der 24-monatigen Probezeit.

Saison-Kurzarbeitergeld:

Bundestag beschließt Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung

Der Bundestag hat ein Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung beschlossen, das einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit in der Baubranche leistet. Das neue Saison-Kurzarbeitergeld (Saison-KUG) ersetzt die bisherige Winterbauförderung.

Durch die Einführung des Saison-Kurzarbeitergeldes sollen die jährlich wiederkehrenden Entlassungen von Bauarbeitern bekämpft werden. Sie bleiben damit auch dann bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt, wenn keine Arbeit anfällt.

Der Arbeitnehmer soll in der Schlechtwetterzeit von Dezember bis März bei witterungs- und auftragsbedingtem Arbeitsausfall von der Bundesagentur für Arbeit von der ersten Stunde an Saison-KUG in Höhe des Arbeitslosengeldes erhalten können. Der Arbeitnehmer gilt in dieser Zeit weiter als beschäftigt, muss sich also nicht arbeitslos melden.

Die Sozialversicherungsbeiträge werden während des Bezugs von Saison-KUG durch eine Umlage finanziert, die gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wird. Die Arbeitnehmer erhalten von der Bundesagentur für Arbeit analog

zum Arbeitslosengeld 60 % ihres pauschalierten Nettoentgelts, mit Kindern 67 %.

Nach einer Überprüfungszeit von zwei Jahren kann die Neuregelung auch für weitere Branchen geöffnet werden, sofern das Ergebnis der Evaluierung positiv ist und mit den Tarifvertragsparteien Einvernehmen erzielt werden kann.

Gesundheitsreform ist auf einem guten Weg

Nach ersten Gesprächen zur Gesundheitsreform Ende März im Bundeskanzleramt gehen die Beratungen jetzt intern weiter. Union und SPD stimmen in der Analyse überein, dass die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt höhere Gesundheitskosten verursachen und deshalb jeder Euro im Gesundheitssystem so effizient und effektiv wie möglich eingesetzt werden muss. Die Eckpunkte der Gesundheitsreform sollen bis zur Sommerpause feststehen.

Rentenkasse muss in Ordnung gebracht werden

Ein solides finanzielles Fundament ist Grundvoraussetzung für eine verlässliche und nachhaltige Rentenpolitik. Den Anfang haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag mit ihrem rentenpolitischen Gesamtpaket gemacht.

Mit dem vom Bundeskabinett Anfang März beschlossenen Rentenversicherungsbericht 2005 werden die Verabredungen mit Zahlen untermauert. Die Zahlen zeigen: Die Konsolidierung der Rentenfinanzen ist ein steiniger Weg und nur durch eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit steht deshalb ganz oben auf der Reformagenda der großen Koalition. Nur mit mehr Beitragszahlern lässt sich die Rentenkasse wieder stabilisieren.

Im nächsten Jahr ist eine Anhebung des Rentenbeitrages auf 19,9% unumgänglich. Unter dem Strich werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer jedoch spürbar entlastet, weil gleichzeitig der Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5% auf 4,5% abgesenkt wird. Die Sozialversicherungsbeiträge werden im nächsten Jahr erstmals seit 1995 auf unter 40% sinken. Damit wird ein ganz

wesentlicher Beitrag für mehr Beschäftigung in Deutschland geleistet.

In der laufenden Legislaturperiode werden die Renten nicht gekürzt. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Nullrunde für die Rentner in diesem Jahr voraussichtlich nicht die letzte in der laufenden Wahlperiode sein wird. Im nächsten Jahr werden die weiteren rentenpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag parlamentarisch verabschiedet. Richtschnur für alle Entscheidungen in der Rentenpolitik ist, dass die finanziellen Lasten der Alterung der Bevölkerung fair zwischen den Beitragszahlern, den Rentnern und dem Bund verteilt werden. Dazu dürfen die langfristigen Beitragsziele (20% im Jahr 2020, 22% im Jahr 2030) nicht überschritten und die langfristigen Niveausicherungsziele (46% im Jahr 2020, 43% im Jahr 2030) nicht unterschritten werden.

Haushalt 2006

Weniger Staat – mehr Freiheit

Der Bundestag hat seine viertägige Haushaltsdebatte beendet und den ersten Etat der großen Koalition in die Ausschüsse überwiesen. Der Entwurf für 2006 sieht Ausgaben von 261,7 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 38,3 Milliarden Euro vor. Im Haushaltsbegleitgesetz sind zahlreiche Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zusammengefasst, die Mehrwert- und Versicherungsteuer soll zum 1. Januar 2007 von 16 auf 19 % steigen. Die endgültige Verabschiedung des Haushalts erfolgt nach Abschluss der 2./3. Lesung Ende Juni.

Die Union machte in der Haushaltsdebatte auf das schwache wirtschaftliche Wachstum in den vergangenen Jahren aufmerksam und verdeutlichte, dass eine übermäßige Defizitfinanzierung nicht der Ausweg, sondern oftmals Ursache von Wachstumsschwäche ist. Aus diesem Grund hält die Union einen konsequenten Konsolidierungskurs der Großen Koalition für Wachstum und Beschäftigung für notwendig. Ziel in dieser Legislaturperiode ist die Absenkung der Staatsquote. Dazu muss der Bürokratieabbau deutlich vorangetrieben werden, weil weniger Staat weniger Bürokratie und mehr Freiheit für die Bürger bedeutet.

Bürokratieabbau

Die Große Koalition wird daher in Kürze einen gemeinsamen Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau einbringen. Demnach soll ein unabhängiger Normenkontrollrat beim Bundeskanzleramt eingesetzt werden, der Gesetze auf ihre bürokratischen Folgen überprüft. Fallen die Stellungnahmen des Rates negativ aus, können die Gesetzentwürfe von der Regierung oder im parlamentarischen Verfahren geändert oder ganz aufgegeben werden.

Föderalismusreform

Bund und Länder haben sich im Februar auf die Umsetzung der Föderalismusreform und damit auf die größte Verfassungsreform seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland geeinigt.

Mit der Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern soll die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt werden durch

- eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern
- eine weniger komplizierte und langwierige Gesetzgebung
- ein auf europäischer Ebene schneller und mit einer Stimme auftretendes Deutschland.

Der Bund kann beispielsweise ein einheitliches Umweltgesetzbuch erlassen und erhält neue Kompetenzen im Bereich der Abwehr terroristischer Gefahren. Die Länder gewinnen an Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Verwaltungsverfahren und in der Hochschulpolitik. Die Kommunen profitieren, weil die direkte Aufgabenzuweisung durch den Bund an die Kommunen ausgeschlossen wird. Zur Verbesserung der Europatauglichkeit des Grundgesetzes wird die Wahrnehmung der Rechte Deutschlands durch einen Ländervertreter beschränkt auf Fälle, in denen schwerpunktmäßig ausschließliche Landeskompetenzen in einem der drei Sachbereiche schulische Bildung, Kultur und Rundfunk betroffen sind.

Uneinigkeit über den Gesetzentwurf, auf den sich Bund und Ländern geeinigt haben, gibt es derzeit noch zwischen Union und SPD. Die SPD wehrt sich gegen den Rückzug des Bundes aus der Bil-

dungs- und Umweltpolitik. Deshalb ist ab dem 8. Mai eine Föderalismusanhörung geplant.

Eine detaillierte Übersicht über die wesentlichen Punkte der Föderalismusreform finden Sie unter www.cducusu.de.

Einbürgerung: **Einheitliches Verfahren ist unverzichtbar**

Bei der Einbürgerung ist aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein einheitliches Verfahren unverzichtbar. Deshalb streben wir bis zur Sommerpause eine entsprechende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern an.

Wer deutscher Staatsbürger werden will, sollte bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zu unseren demokratischen und kulturellen Grundwerten. Ein solches Bekenntnis ist die Grundlage aller weiteren Integrationsbemühungen.

Nationaler Aktionsplan Integration

Jenseits der Frage der Einbürgerung müssen die Bemühungen verstärkt werden, all jene in unsere Gesellschaft zu integrieren, die sich aufgrund von Herkunft und Sprache von den Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und sozialen Aufstiegs ausgrenzen. Zu lange wurde die Entstehung von Parallelgesellschaften genug geduldet. Die jüngsten Hilferufe aus Berliner Hauptschulen mit einem großen Anteil ausländischer Schüler zeigen, wie wichtig es ist, Integration zu fördern und zu fordern.

Darum brauchen wir einen „Nationalen Aktionsplan Integration“, in dessen Rahmen Bund, Länder und Kommunen sich gemeinsame Ziele – insbesondere bei der Vermittlung von Sprachkompetenz – setzen. Das darf nicht erst in den Schulen geschehen, sondern muss in den Elternhäusern und Kindergärten beginnen.

Die Union wird der Bundeskanzlerin vorschlagen, zur Vorbereitung des Aktionsplans einen Nationalen Integrationsgipfel einzuberufen, der die Verantwortlichen aus Bund, Ländern, Kommunen, aber auch Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden versammelt, um einen Sachstand der derzei-

tigen Integrationslage zu erarbeiten und konkrete Ziele für Staat und Gesellschaft zu formulieren.

Das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Für einen Nationalen Aktionsplan Integration“ finden Sie auf der Homepage der Fraktion (www.cducusu.de).

Energiegipfel kündigt **nationales Energiekonzept bis 2020 an**

Der weltweit steigende Energiebedarf bei begrenzten Energiereserven sowie die wachsende Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten vor allem aus politischen Krisenregionen hat die Bundesregierung dazu veranlasst, mit Vertretern von Regierung, Wirtschaft und Verbrauchern eine Diskussion über die Zukunft deutscher Energiepolitik zu beginnen.

Einigkeit bestand bei dem am 3. April im Bundeskanzleramt durchgeführten Energiegipfel über das Ziel deutscher Energiepolitik, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen.

Das nationale Energiekonzept soll bis Mitte 2007 erarbeitet werden und bis 2020 gelten. Die Energiewirtschaft sagte der Bundesregierung bei dem Spitzengespräch zu, bis 2012 zwanzig Milliarden Euro in neue Kraftwerke und die Energieinfrastruktur zu investieren. Für die Weiterentwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energien sind darüber hinaus 40 Milliarden Euro vorgesehen.

Der Energiegipfel am 3. April bildete den Auftakt zu weiteren Spitzentreffen, die sich mit den internationalen und nationalen Aspekten der Energiepolitik ebenso beschäftigen werden wie mit Fragen der Energieeffizienz und mit Energieinnovationen. Der nächste Energiegipfel soll im September stattfinden.

Erneute Wahl von Erich G. Fritz **zum Vorsitzenden des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft**

Erich G. Fritz ist am 8. März 2006 erneut zum Vorsitzenden des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft, einem Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses, gewählt worden.

Redaktionsschluss: 04.04.2006